



Sofortpaket gegen die Krise!

Für eine Beschäftigungsbrücke!

Die IG Metall hat ein Konzept zur grundlegenden Erneuerung der Alterssicherung entwickelt und auf ihrem Kongress »Gemeinsam für ein gutes Leben – Für einen Neuen Generationenvertrag« am 5. und 6. Mai in Berlin präsentiert. Zentraler Bestandteil dieses Konzepts ist die Forderung nach einer Beschäftigungsbrücke. Damit kann auch die Alterssicherungspolitik der Krise entgegen wirken.

Frage: Wir befinden uns in der größten Wirtschaftskrise seit 1929 und die IG Metall redet über die Rente. Ist das angemessen?

Urban: Wir reden nicht »trotz« der Krise, sondern auch »wegen« der Krise über die Rente. Es gibt einen Zusammenhang zwischen Krise und der bisher betriebenen Alterssicherungspolitik: Die Teilprivatisierung der Renten hat Kapital in die internationalen Finanzmärkte gespült, Spekulation angeheizt und so zur Krise beigetragen. Es gibt aber noch einen weiteren Zusammenhang: Eine kluge Alterssicherungspolitik könnte zur Krisenbewältigung beitragen. So tragen die Einkünfte der Rentnerinnen und Rentner



Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, ist unter anderem für die Alterssicherungspolitik zuständig.

zur Stabilisierung der Binnennachfrage bei. Eine verlässliche und ausreichende Rente ist daher nicht nur aus sozialpolitischen, sondern auch aus volkswirtschaftlichen Gründen ein Muss.

Frage: Das heißt, die Beschäftigungswirkung einer guten Rentenpolitik liegt in der Stärkung der Kaufkraft.

Urban: Ja, aber nicht nur. Wir schlagen eine, vorläufig auf fünf Jahre befristete, Beschäftigungsbrücke vor. Sie soll den Arbeitsmarkt entlasten und älteren Beschäftigten die Möglichkeit geben, flexibel und zu sozialverträglichen Konditionen in den Ruhestand zu gehen. Damit werden gleichzeitig Arbeitsplätze für Kolleginnen und Kollegen in mittlerem Alter gesichert und neue Arbeitsplätze für Jüngere frei.

Frage: Im vom IG Metall-Vorstand beschlossenen Memorandum »Für einen Neuen Generationenvertrag« wird im Rahmen der Beschäftigungsbrücke die »Aussetzung der ab 2012 beginnenden Anhebung der Regelaltersgrenzen« gefordert. Ist dies eine Abkehr von der generellen Ablehnung der Rente mit 67?

Urban: Im Gegenteil! Wir lehnen die Rente mit 67 ohne »Wenn« und »Aber« ab. Sie ist Ausdruck einer insgesamt verfehlten Rentenpolitik. Deswegen würden wir uns

Sofortpaket Beschäftigungsbrücke

Die IG Metall fordert befristet auf fünf Jahre ein »Sofortpaket Beschäftigungsbrücke«:

- ➔ **Abschlagsfreier Rentenzugang nach 40 Versicherungsjahren ab dem 60. Lebensjahr**
- ➔ **Aussetzung der ab 2012 beginnenden Anhebung der Regelaltersgrenzen**
- ➔ **Wiederaufnahme der öffentlichen Förderung der Altersteilzeit durch die Bundesagentur für Arbeit**
- ➔ **Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeld I für ältere Arbeitslose auf bis zu 36 Monate**

Die Beschäftigungsbrücke ist Bestandteil des Memorandums der IG Metall für eine solidarische Alterssicherung. Es kann bei jeder IG Metall-Verwaltungsstelle bezogen oder aus dem Internet unter www.igmetall.de ... Themen ... Soziales heruntergeladen werden.

auch nicht mit einer Aussetzung der Anhebung der Altersgrenzen um fünf Jahre zufrieden geben. Das kann man auch in unserem Memorandum nachlesen. Aber unbeschadet unserer grundsätzlichen Ablehnung wäre schon etwas gewonnen, wenn wir unser Sofortpaket durchsetzen würden. Das hieße nämlich, dass diejenigen, die flexibel in den Ruhestand gehen, nicht in eine Abschlagsfalle laufen würden.

Frage: Die IG Metall fordert ein 5-Punkte-Programm und eine Beschäftigungsbrücke. In welchem Verhältnis stehen beide Forderungen?

Urban: Die Beschäftigungsbrücke ist Bestandteil des 5-Punkte-Programms. Mit ihr wollen wir mit Mitteln der Alterssicherung auf die aktuelle Krise reagieren. Das gesamte 5-Punkte-Programm greift aber weiter: Es zielt auf eine grundlegende Erneuerung des Alterssi-

cherungssystems. Wir wollen eine Versicherung für alle Erwerbstätigen schaffen, das Leistungsniveau deutlich verbessern, Betriebsrenten für alle einführen und einen flexiblen Ausstieg bis 65 statt Rente mit 67! Nicht zuletzt fordern wir Arbeitseinkommen, die die Beschäftigten stärker an der allgemeinen Wohlstandsentwicklung beteiligen.

Frage: In der Politik scheint die IG Metall-Forderung nach einer Beschäftigungsbrücke auf wenig Gegenliebe zu stoßen?

Urban: Die umfassende Erneuerung einer solidarischen Alterssicherung, wie wir sie vorschlagen, wird sich zweifelsohne nicht kurzfristig durchsetzen lassen. Wir wollen mit unserer Initiative mittelfristig das gesellschaftliche und politische Klima im Feld der Alterssicherung verändern. Aber auch kurzfristig scheint es bei der Politik durchaus Bewegung zu geben. Dies zeigt die aktuelle Debatte um

die Rente mit 67 ebenso wie die Diskussion innerhalb der Bundesregierung um die Verlängerung der geförderten Altersteilzeit.

Frage: Wie geht es mit dem Memorandum und der Initiative für einen Neuen Generationenvertrag weiter?

Urban: Wir werden weiter unsere Stimme erheben, für unsere Vorschläge werben und Druck für eine grundlegende Kurskorrektur in der Alterssicherungspolitik machen. Gerade in Zeiten des Wahlkampfes, in denen man um unsere Stimme wirbt, werden wir die Politiker vor Ort mit unseren Vorstellungen konfrontieren. Dass die Metallerinnen und Metaller dazu bereit sind, zeigt die große Resonanz auf unsere Initiative. Und auch bei Sozialverbänden, vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen und sozial engagierten Bürgerinnen und Bürgern treffen unsere Vorschläge auf breite Zustimmung. ■

Bezahlbar und beschäftigungswirksam: Nach 40 Versicherungsjahren abschlagsfrei ab 60 in Rente!

Die IG Metall will für die nächsten fünf Jahre die Möglichkeit schaffen, nach 40 Versicherungsjahren vorzeitig ab 60 in Rente zu gehen. Ohne Abschläge. Circa 40 Prozent der rentennahen Jahrgänge haben, wenn sie zwischen 60 und 65 Jahren in den Ruhestand gehen, 40 oder mehr Versicherungsjahre.

Bei einem Teil der Betroffenen liegt die »Voraussetzung 40 Versicherungsjahre« aber nur vor, wenn er nicht unmittelbar nach Vollendung des 60sten Lebensjahrs in den Ruhestand geht. Ein weiterer Teil würde die Möglichkeit nicht in Anspruch nehmen, weil die Rente zu niedrig ist oder er aus ande-

ren Gründen länger arbeiten will, als bis 60. Insgesamt erscheint eine Inanspruchnahme von etwa 1/4 eines jeweiligen Jahrgangs realistisch.

Dann entstünde innerhalb der nächsten fünf Jahre eine Arbeitsmarktentlastung im Umfang von etwa 650000 Menschen. Gleichzeitig ergäben sich nach fünf Jahren Beschäftigungsbrücke Mehrkosten im Umfang eines 1/4 Beitragssatzpunktes.

Fazit: Die abschlagsfreie Rente ab 60 nach 40 Versicherungsjahren ist ein preiswertes Mittel gegen die Beschäftigungskrise.



Peter Gruber, Vertrauenskörperleiter Salzgitter Flachstahl GmbH: »Gerade in der Stahlindustrie ist

es wichtig, auch in Zukunft flexible Möglichkeiten für den Übergang in den Ruhestand zu haben. Zum einen gibt es bei uns auch heute noch viele Arbeitsplätze mit hoher körperlicher Belastung.

Zum anderen arbeitet der Großteil der Kolleginnen und Kollegen in gesundheitsschädlicher Wechsel- schicht mit regelmäßiger Nachtschicht. Die Forderung der IG-Metall nach einem abschlagsfreien

Rentenzugang nach 40 Versicherungsjahren ab dem 60. Lebensjahr ist gerade angesichts der Krise der richtige Weg und eine sinnvolle Ergänzung zum Instrument der Altersteilzeit.«

Bestandsprüfungsklausel: Rente mit 67 muss überprüft werden

»Die Bundesregierung hat (...) vom Jahre 2010 an alle vier Jahre über die Entwicklung der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer zu berichten und eine Einschätzung darüber abzugeben, ob die Anhebung der Regelaltersgrenze unter Berücksichtigung der Entwicklung der Arbeitsmarktlage sowie der wirtschaftlichen und sozialen Situation älterer Arbeitnehmer vertretbar erscheint und die getroffenen gesetzlichen Regelungen bestehen bleiben können.« (§ 154 Abs. 4 SGB VI)

Hans-Jürgen Urban: »Die Politik sollte wenigstens ihre eigenen Vorgaben ernst nehmen und die Rente mit 67 nochmals auf den Prüfstand stellen.«

Arbeitsmarkt- und sozialpolitisch unverzichtbar: Rente mit 67 aussetzen!

Voll wirksam wird die Rente mit 67 zwar erst im Jahr 2029. Aber bereits ab dem Jahr 2012 werden die Rentenaltersgrenzen schrittweise angehoben. Jedes Jahr einen Monat. Wer also im Jahr 2012 in Rente geht, dessen Altersrentengrenze liegt bei 65 Jahren und einem Monat. Wer 2013 geht, dessen Grenze liegt bereits um zwei Monate höher. Die Betroffenen dürfen dann zwar immer noch mit 65 in Rente, müssen aber sogenannte versicherungstechnische Abschläge bezahlen: 0,3 Prozent weniger Rente, für jeden Monat »vorzeitigen« Bezuges der Rente. Das heißt, von Rente mit 67 sind alle betroffen, die 2012 oder später in Rente gehen. Die Folge: Weniger Menschen

können sich einen flexiblen Ausstieg aus dem Arbeitsleben leisten. Der Druck auf dem Arbeitsmarkt steigt.

Fazit: In der heutigen Krisensituation gewinnt die Rente mit 67 nicht an Plausibilität, sondern an Absurdität.

***Peter Müller,** Vorsitzender der Jugend- und Auszubildendenvertretung im BMW Werk Leipzig: »Für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist es nicht möglich, bis 67 zu arbeiten, da die vorherrschenden Arbeitsbedingungen in diversen Berufen dies nicht erlauben. Diejenigen, die gesundheitlich in der Lage sind, bis 67 zu*



arbeiten, können erst deutlich später aus dem Berufsleben austreten. Damit verschlechtern sich die Chancen der Jugendlichen, in das Arbeitsleben einzusteigen.«

Flexibel und erfolgreich: Altersteilzeit fördern

Altersteilzeit hat bisher geholfen, Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Sie trägt zu einer ausgewogenen Altersstruktur in den Betrieben bei. Zudem können Beschäftigte gesund den Ruhestand erreichen. Durch die Krise werden die Beschäftigungschancen Älterer schlechter. Um Arbeitslosigkeit im Alter zu vermeiden, bedarf es daher – neben Initiativen für eine altersgerechte Gestaltung von Arbeitsbedingungen – auch weiterhin der Förderung der Altersteilzeit. Von einer Beendigung dieser Förderung wären auch jüngere Altersgruppen betroffen. Die Beschäftigungschancen der Jugendlichen würden sinken und die Jugendarbeitslosigkeit steigen. Denn bisher wird die Wiederbesetzungsregel bei

der Altersteilzeit auch genutzt, um Ausgebildete in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Die Altersteilzeit ist praktisch erfahrbare Generationensolidarität. Sie ermöglicht den sozialverträglichen vorzeitigen Ausstieg aus dem Erwerbsleben und die Wiederbesetzung von Stellen mit jungen Menschen.

Fazit: Die Altersteilzeit muss daher über 2009 hinaus durch die Bundesagentur für Arbeit gefördert werden.

Beatrix Cox, stellv. BR Vors. von Clear Edge Germany: »Die Altersteilzeit muss auf jeden Fall weitergeführt werden. Die Arbeitgeber werden voraussichtlich nicht mehr bereit sein, weiter Altersteilzeitver-



träge zu vernünftigen Bedingungen abzuschließen. Deshalb ist es dringend erforderlich, dass die Bundesagentur diese Regelung weiter fördert, auch über 2009 hinaus.«

Sozial und effektiv: Arbeitslosengeld für Ältere verlängern

Die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes war immer umkämpft. Unter Norbert Blüm wurde sie auf bis zu 32 Monate ausgeweitet. Arbeitgeber, die ältere Beschäftigte entließen, mussten dem Arbeitsamt das Arbeitslosengeld erstatten. Diese Pflicht wurde immer weiter eingeschränkt. Mit der Agenda 2010 wurde die Bezugsdauer auf maximal 18 Monate gesenkt. »Um die Versichertengemeinschaft nicht weiter zu belasten«, hieß es. Zwischenzeitlich hat die Große Koalition die maximale Bezugsdauer wieder auf 24 Monate gesetzt. Das reicht aber nicht. Älteren Arbeitslosen droht heute der Abstieg in Hartz IV. Dies

kann zu entwürdigenden Bedürftigkeitsprüfungen und Altersarmut führen.

Fazit: Mit der Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für über 55-Jährige auf 36 Monate kann dies vermieden werden.

Angelika Klahr, Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen: »Die Chance für ältere Arbeitslose, wieder eine vernünftige Arbeit zu bekommen, ist minimal. Im Klartext: Wer über 55 Jahre alt ist und erwerbslos, dem droht Hartz IV. Die Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosen-



geldes für Ältere auf 36 Monate ist ein sinnvoller erster Schritt, um die negativen Folgen der Arbeitslosigkeit abzumildern.«